

## Positionspapier der Aufbaugemeinschaft Bremen zur Bürgerschaftswahl und zu den Koalitionsverhandlungen 2023

Am 14. Mai 2023 fand die Wahl zur Bremischen Bürgerschaft statt. Die Abstimmung hat große Bedeutung für alle Bremerinnen und Bremer, denn in den kommenden Jahren stehen wichtige Weichenstellungen für die Zukunft unserer Stadt an. Das betrifft den Wandel der City oder die Schaffung von mehr Wohnraum ebenso wie die Umsetzung einer Verkehrs- und Klimapolitik, die die unterschiedlichen Erwartungen und Anforderungen der Menschen zusammenbringt und dabei auch den Aspekt Nachhaltigkeit noch stärker berücksichtigt. Erforderlich ist außerdem eine Strategie für die weitere Entwicklung von Gewerbeflächen. Denn nur so ist es möglich, den Standort Bremen weiter zu stärken und den vor Ort ansässigen Unternehmen und Beschäftigten auch in Zukunft optimale Rahmenbedingungen für wirtschaftlichen Erfolg zu bieten.

Die Aufbaugemeinschaft Bremen versteht sich seit über 75 Jahren als das Sprachrohr von Bremer Bürgerinnen und Bürger für die Entwicklung unserer Stadt. Sie bezieht Stellung und will Denkanstöße geben. Zur Bürgerschaftswahl und zu den Koalitionsverhandlungen hat die Aufbaugemeinschaft deshalb ihre Haltung zu unterschiedlichsten Themen weiter konkretisiert:

1. Perspektiven für die Bremer Innenstadt
2. Wohnungsbau fördern
3. Verkehr – wichtiger Standortfaktor
4. Gewerbeflächenentwicklung – zentrale Zukunftsaufgabe

## 1. Innenstadtentwicklung: Perspektiven für die Bremer City

Um die überregionale Strahlkraft der Bremer Innenstadt als urbane Mitte und Visitenkarte Bremens zu stärken, muss die in den letzten Jahren begonnene Transformation weiter vorangetrieben werden. Der Handel wird ein wichtiger Anziehungsfaktor für die Besucherinnen und Besucher der City bleiben. Daneben muss die Schaffung innovativer Nutzungskonzepte aus den Bereichen Gastronomie, Dienstleistung, Kultur und Wohnen weiter forciert werden.

Nach Auffassung der Aufbaugemeinschaft sind folgende Maßnahmen in der kommenden Legislaturperiode erforderlich:

### Grundsätzliches

- Die im Innenstadtkonzept „Strategie Bremen Innenstadt 2030+“ beschriebenen Maßnahmen sind zu konkretisieren und umzusetzen.
- Die Schnittstellen zwischen privater und öffentlicher Projektentwicklung müssen effektiv und pragmatisch zusammengeführt werden.
- Konkrete Planungen müssen Gegenstand einer regelmäßigen, zwischen der Stadt und Investoren abgestimmten Öffentlichkeitsarbeit sein, die über die Region hinausgeht.
- Es muss ein tragfähiges Konzept für eine einladende Erreichbarkeit der Bremer Innenstadt entwickelt werden.
- Erforderlich sind zukunftsorientierte Investitions- und Nutzungskonzepte für eine Welt des Handels im Zeitalter der Digitalisierung. Zur Umsetzung dieser Konzepte müssen Stadt und Investoren gemeinsam Projekte planen.
- In Ergänzung des Innenstadtkonzeptes „Strategie Bremen Innenstadt 2030+“ ist ein visueller Masterplan für die Innenstadt zu entwickeln, der planbare Perspektiven schafft.
- Die Aufenthaltsqualität in der Innenstadt muss durch eine verbesserte Sicherheit und Sauberkeit erhöht werden.

### Konkrete Projekte

Für eine attraktivere Bremer City sollte sich der Senat aus Sicht der Aufbaugemeinschaft intensiver als bisher den folgenden Herausforderungen stellen:

- Die Verlagerung der Straßenbahn aus der Obernstraße heraus ist ein entscheidender Schritt für die Erhöhung der Aufenthaltsqualität in der Bremer Innenstadt und bietet die Möglichkeit zur Schaffung eines neuen Erlebnisraumes mit Gastronomie- und Verweilflächen.
- Wichtige private Investitionsprojekte sollten durch den Senat öffentlich unterstützt werden. Das betrifft vor allem das Balgequartier, das ehemalige C&A-Gebäude, das Brill-Quartier oder das Wallkontor.

- Die Ansiedlung möglichst inhabergeführter, individueller Fachgeschäfte muss weiter gefördert werden. Aber auch größere Einzelhändler sind bei der Anmietung von Standorten in der Bremer Innenstadt zu unterstützen.
- Zwischen Domshof, Museumsstraße, der geplanten neuen Passage im Kontorhaus am Wall und der Straße am Wall sollte ein attraktiver Laufweg entstehen. Hierzu muss die Museumsstraße neu und attraktiver gestaltet werden.
- Die Ansiedlung wissenschaftlicher und kultureller Einrichtungen in der Innenstadt sollte weiter und stärker gefördert werden.
- Es müssen Maßnahmen und Konzepte entwickelt werden, mit denen sich öffentliche Räume wie der Domshof oder der Ansgarikirchhof nachhaltig in lebendige Plätze verwandeln. Insbesondere sollten hier neue Gastronomie-Angebote gefördert werden.
- Der Liefer- und Abholverkehr der Innenstadt sollte durch weitere Vernetzung der Einzelakteure, durch die Schaffung von Lieferzonen und durch die Fortentwicklung der City-Logistik weiter optimiert werden.
- Die Aufbaugemeinschaft fordert den Senat und alle Beteiligten auf, kurzfristig ein zukunftsfähiges Nutzungskonzept für das Parkhaus Mitte zu entwickeln und vorzustellen. Die Stadt sollte die Chance nutzen, an dieser zentralen Stelle der Innenstadt einen vielfältigen Ort für Handel, Kultur, Dienstleistung, Gastronomie, Freizeitgestaltung und Wohnen zu schaffen, der den Menschen in der City einen weiteren Anziehungspunkt bietet. Vor einem Abriss des Parkhauses müssen Ersatzparkplätze mit entsprechenden verkehrlichen Zuwegungen geschaffen werden. Weiterhin sollten im Zuge eines Neubaus auch die umliegenden Straßen konzeptionell in die Entwicklung einbezogen werden.
- Zur Schaffung von mehr Wohnraum ist es erforderlich, zeitnah pragmatische Rahmenbedingungen für die Umnutzung von bestehenden Büro- und Geschäftshäusern zu ermöglichen. Das beinhaltet unter anderem die Schaffung neuer Dialogformate, die Ermittlung baulicher Dispensmöglichkeiten sowie die Förderung entsprechender Machbarkeitsstudien und Pilotprojekte.
- Die Aufbaugemeinschaft fordert eine zeitnahe Neugestaltung der Martinistraße. Das umfasst eine nachhaltige Aufwertung des Straßenraumes ebenso wie eine deutlich attraktivere Gestaltung der Fußgängerquerungen bei qualitativem Erhalt der Erschließungsfunktion.
- Im Rahmen der anstehenden städtebaulichen Entwicklung der Domsheide muss die Chance der baulichen Erweiterung der Glocke genutzt werden. Mit einer neu zu schaffenden Platzsituation sollte dabei ein attraktives Entree vor dem Musikhaus von Rang geschaffen werden.

## 2. Wohnungsbau fördern: Bremen benötigt zusätzliche Wohnungen

Die Hansestadt Bremen ist attraktiv. Das gilt für Menschen, die schon länger hier leben ebenso wie für neu Zugewanderte. Nicht zuletzt aus fiskalischen Gründen ist es deshalb wichtig, dass es ausreichend Wohnraum in der Stadt gibt. Laut Expertinnen und Experten müssen dazu auch weiterhin mindestens 2.500 zusätzliche Wohnungen pro Jahr neu entstehen.

### Auf Demographischen Wandel reagieren

Aufgrund des demografischen Wandels wird sich unsere Gesellschaft in den kommenden Jahren und Jahrzehnten weiter verändern. Um die Lebensqualität von älteren Menschen zu erhöhen ist ein ausreichendes Angebot an modernen barrierefreien Wohnungen erforderlich. Im Gegenzug werden damit auch Umschichtungen in der Wohnraumnutzung für junge Familien erschwinglich. Im Ergebnis ergeben sich positive Auswirkungen auf die Durchmischung in den Quartieren, die der Überalterung einzelner Stadtteile entgegenwirken.

Gefördert werden sollten insbesondere alternative Wohnformen wie Mehr-Generationen-Wohnen oder flexible Lösungen für eine Kombination von Wohnen und Arbeiten, die den Trend zum Home-Office aufgreifen. Unterstützt werden sollten außerdem auch Baugemeinschaften.

### Öffentlich geförderten Wohnbau stärken

Bei neuen Wohnungsbauprojekten in Bremen besteht die Pflicht, je nach Projektgröße bis zu 30 Prozent öffentlich geförderte Wohnungen bereitzustellen. Leider sehen sich die Städtischen Wohnungsunternehmen aber nicht in der Pflicht, den geforderten sozialen Wohnungsbau dann auch zu übernehmen. Im Ergebnis ist die bestehende Quote deshalb leider zu einem Ausschluss-Kriterium für viele Projekte geworden, da Projektentwickler mangels Kaufinteresse keine Käufer für Ihren Sozialwohnungen finden. Um die geforderte Quote zu erreichen, muss die öffentliche Hand eine Perspektive aufzeigen, wer die geförderten Wohnungen übernehmen kann. Oder sie sollte den Verkauf durch entsprechende Förderprogramme attraktiver machen.

### Anforderungen an den Wohnungsbau prüfen

Die gesetzlichen Anforderungen an den Wohnungsbau sind in den vergangenen Jahren immer weiter angestiegen. Flankiert durch hohe Zinsen und steigende Energiekosten ist es für Projektentwickler deshalb zunehmend schwierig geworden, neue Projekte überhaupt noch realisieren zu können. Um hier entgegenzuwirken und die Kosten zu senken, müssen die gesetzlichen Anforderungen an den Wohnungsbau deutlich verschlankt werden und einzeln auf ihre Sinnhaftigkeit und Aktualität überprüft werden.

Die Aufbaugemeinschaft fordert die politischen Entscheidungsträger auf, das Bauen in Bremen mit hoher Priorität zu behandeln, es nachhaltig und damit zukunftsfähig zu gestalten und außerdem mutige Vereinfachungen vorzunehmen. Denn mehr Pragmatismus in der Bearbeitung der Bauanträge würde die Laufzeiten der Genehmigungsprozesse deutlich reduzieren! Ebenso sollten die Potentiale des seriellen Bauens genau geprüft und genutzt werden, ohne dabei aber zu einer Einschränkung der Gestaltqualität der neuen Quartiere zu führen.

## 3. Verkehr: Mobilität als Faktor für eine erfolgreiche Stadtentwicklung

Eine gute Erreichbarkeit und ein verlässliches Verkehrssystem sind für eine Wirtschaftsmetropole wie Bremen lebenswichtig und bilden eine entscheidende Voraussetzung für wirtschaftliche Stärke und urbane Vitalität. Dies gilt für die Innenstadt ebenso wie für die Logistik-, Hafen- und Industriestandorte in der Stadt. Nur so kann die Mobilität für Bewohner, Berufspendler, Umlandbesucher und für den Wirtschaftsverkehr aufrechterhalten werden. Und nur so können Bremen und Bremerhaven auch zukünftig ihre Funktion als Oberzentren in der Nordwestregion erfüllen.

Vor diesem Hintergrund lehnt die Aufbaugemeinschaft Tempo 30 als flächendeckende innerörtliche Regelgeschwindigkeit ab. Stattdessen muss es für den motorisierten Verkehr auch weiterhin von Vorteil sein, sich auf dem Hauptstraßennetz zu bewegen. Das schließt weitere punktuelle verkehrsberuhigende Maßnahmen überall dort nicht aus, wo dies zur Erhöhung der Aufenthaltsqualität und Verkehrssicherheit beiträgt.

Viele europäische Städte sind dort entstanden, wo Flüsse gequert werden konnten. Dies gilt auch für Bremen – früher, heute und morgen. Und auch heute noch ist unsere Stadt auf seine Weserbrücken angewiesen. Denn Brücken stehen für Zukunft, für Zusammenwachsen und für das Funktionieren des Systems Stadt. Daher ist es zwingend geboten, die vorhandenen Stadtbrücken (Bürgermeister-Smidt-Brücke, Wilhelm-Kaisen-Brücke und Karl-Carstens-Brücke) wieder in einen guten Erhaltungszustand zu bringen. Ebenso sind die A1-Weserbrücke und die B75-Stephanibrücke möglichst zügig zu sanieren, um ansonsten erwartbare massive Nachteile für unsere regionale und lokale Wirtschaft abzuwenden. Unmittelbar anzustoßen sind außerdem die Neubauplanungen für die beiden letztgenannten Brücken.

Für Verbindung, Mobilität und kurze Wege stehen auch die neuen „Wesersprünge“, also die geplanten Rad- und Fußgängerbrücken zwischen Arsten und Hemelingen, Neustadt und Tiefer/Altenwall sowie zwischen Woltmershausen und Überseestadt. Mit ihrer weiteren Planung und Fertigstellung muss es deshalb schneller vorangehen. Die letztgenannte Brücke, die die Überseeinsel mit dem Tabakquartier verbinden würde, sollte dabei so ausgestaltet werden, dass sie eine Fernwärmeleitung aufnehmen kann.

Der Ringschluss der A 281 von der A27 zur A1 mit dem Wesertunnel und der Anbindung des Flughafens ist das bedeutendste Verkehrsinfrastrukturprojekt für den Wirtschaftsraum Bremen. Angesichts maroder Weserbrücken handelt es sich um ein wirtschaftsstrukturelles Schlüsselprojekt, an dem die Entwicklungsperspektiven einer ganzen Region hängen.

Der Verkehrsentwicklungsplan Bremen, der auf eine Entlastung des innenstädtischen Verkehrssystems hinwirken soll, wäre ohne das Basisszenario eines geschlossenen Autobahnringes reine Makulatur. Der nächste Senat ist dringend aufgefordert, zusammen mit dem Bund, in dessen Verantwortung das Gesamtprojekt liegt, die Frage der Mehrkosten verlässlich zu klären.

## 4. Für eine erfolgreiche Wirtschaft: Bremen benötigt Flächen für Dienstleistung, Gewerbe und urbane Produktion

Bremen und Bremerhaven können, sollen und müssen sich als nordwestdeutsche Oberzentren weiter profilieren. Das erfordert die Aufwertung der beiden Innenstädte, die Stärkung beider Städte als Wohnorte und eine stärkere Einbindung und Präsenz von Universität, Hochschule und Instituten. Ein ganz wichtiger Faktor ist außerdem eine verbesserte Attraktivität beider Städte als wertschöpfungs- und beschäftigungsintensive Unternehmensstandorte.

Zur Erreichung dieses Ziels setzt sich die Aufbaugemeinschaft für ein weitsichtiges und maßvoll angebotsorientiertes Gewerbeflächenangebot ein. Richtig ist es deshalb, bei der künftigen Gewerbeflächenentwicklung verstärkt auf die Pflege und Weiterentwicklung von Bestandsgewerbegebieten, auf den Schutz vor Umnutzung, auf die Ankurbelung so genannter „Urbane Produktion“ sowie auf die Priorisierung von Innen- vor Außenentwicklung zu setzen und außerdem neue Impulse für eine innovative Gründerszene zu schaffen. Richtig ist aber auch, dass neue Flächenausweisungen nicht ausgeschlossen werden dürfen.

### Erfolgreiche Clusterpolitik verstetigen

Gewerbeflächenentwicklung sowie Innovations- und Clusterpolitik müssen Hand in Hand gehen. Im Zusammenspiel werden sie zu entscheidenden Instrumenten, um Bremens Stärken weiter auszubauen. Das umfasst die Bereiche Häfen und Logistik, Automobilwirtschaft, Luft- und Raumfahrt, Erneuerbare Energien, Umweltwirtschaft und Umwelttechnologien, Gesundheitswirtschaft und Life Sciences, Nahrungs- und Genussmittel, aber auch Kultur- und Kreativwirtschaft, Informations- und Kommunikationstechnologien, Maschinenbau und Robotik sowie Innovative Materialien. Erforderlich ist eine Gewerbeflächenpolitik, die Unternehmensgründungen, Neuansiedlungen und Erweiterungen durch vorausschauende Flächenangebote unterstützt, die Wettbewerbsfähigkeit ausbaut und Innovationen fördert.

### Arbeit braucht Fläche

Eine Flächenkreislaufwirtschaft im Sinne eines einzelfallbezogenen Flächenqualifizierungsmanagements reicht bei weitem nicht aus, um den Anforderungen der vor Ort ansässigen Unternehmen gerecht zu werden. Stattdessen braucht es konkrete Antworten, wie und wo bereits bestehenden Gewerbeflächenengpässen begegnet werden soll. Das gilt insbesondere für nicht integrierbares „störendes“ Gewerbe, für Industrieflächen oder für große zusammenhängende Nachfragen. Gerade hier braucht es eine ausreichende Dispositionsreserve an frei verfügbaren und sofort vermarktbar Flächen in gegebenenfalls neu zu entwickelnden Gewerbe- und Industriegebieten. Gleichzeitig müssen Bestandsunternehmen konsequent in die Weiterentwicklung bestehender älterer Gewerbegebiete einbezogen werden. Ihre Entwicklungsvorhaben und Flächenbedarfe müssen am bisherigen Standort berücksichtigt werden, soweit dies im Einflussbereich der Stadt liegt.

### Regionalkooperation voranbringen

Im Fokus der bremischen Gewerbeflächenentwicklung muss eine strategische Flächenentwicklung gemeinsam mit dem niedersächsischen Umland stehen. Wo immer es sinnvoll ist, sollten gemeinsame, Bundesländer übergreifende Gewerbegebiete vorgebracht werden. Durch die vorhandenen wirtschaftlichen Verflechtungen profitiert auch das Land Bremen von einer solchen Regionalkooperation, unter anderem durch Einkommen, Beschäftigung und Steuern.

### Nachhaltigkeit berücksichtigen

Das Thema Nachhaltigkeit wird in den kommenden Jahren immer mehr zu einem zentralen Innovationstreiber werden. Die Wirtschaft trägt dabei eine große Mitverantwortung für das Erreichen der CO<sub>2</sub>-Reduktionsziele, beispielsweise durch die Umstellung auf grünen Wasserstoff oder durch den Ersatz von fossilen Rohstoffen durch Biomasse, Recyclingmaterialien, Solarstrom oder andere Quellen.

Wichtig ist es, die Unternehmen beim Übergang zu CO<sub>2</sub>-neutralen Gewerbeaktivitäten zu unterstützen. Aus Sicht der Aufbaugemeinschaft muss hierzu ein Landesförderprogramm entwickelt werden, das gezielte Anreize und Zuschuss-Förderungen für Innovationen und Investitionen beinhaltet und das auf diese Weise unternehmerisches Engagement für den Klimaschutz unterstützt. Gefördert werden sollten flächenschonende Gebäudekonfigurationen, gemeinschaftlich genutzte Infrastrukturen oder Brownfield-Entwicklungen ebenso wie die Aktivierung stark untergenutzter Flächen, wenn dadurch auf neue Erschließungen im Außenbereich verzichtet werden kann.

### Entwicklungsband A 281 ausgestalten

Mit der Fertigstellung des Wesertunnels und der A 281 erhält Bremen die Chance einer Vernetzung der Hafengebiete links und rechts der Weser sowie der angrenzenden Industrie- und Gewerbegebiete. Hierzu zählen das Güterverkehrszentrum (GVZ) einschließlich des Gewerbegebiets Reedeich, der Neustädter Hafen, die Industriehäfen, der Holz- und Fabrikenhafen, der Bremer Industrie-Park und das Gewerbegebiet Riedemannstraße/Reiherstraße. Dieses insgesamt rund 1.000 Hektar große Industrie-, Hafen- und Gewerbegebiet eröffnet völlig neue Potenziale für die Wirtschaftsentwicklung Bremens und die Stärkung des Industrie-, Hafen- und Logistik-Standortes.

Die Aufbaugemeinschaft unterstützt die Pläne des Senats, für dieses Areal einen Masterplan aufzulegen, der neben der Profilierung des Areals auch konkrete Projekte, Förderschienen und Regelwerke umfasst. Dabei sollten sowohl Flächen für Erweiterungen und Neuansiedlungen ausgewiesen als auch untergenutzte Flächen identifiziert und gegebenenfalls gezielt aktiviert werden.

### Airportstadt/Flughafen weiterentwickeln

Für die Airportstadt ergeben sich wichtige Fragen hinsichtlich möglicher Entwicklungspotenziale und neuer Flächenoptionen, die sich aus dem Ringschluss der A 281 ergeben. Gleichzeitig fehlt eine umsetzungsorientierte Konzeption, wie sich eine Airportstadt 2.0 zu einem modernen und attraktiven Stadtraum mit mehr Freizeitnutzungen, Aufenthaltsqualität, Ärzten, Einkaufen und weiteren urbanen Dienstleistungsangeboten entwickeln kann.

Parallel dazu wird auch die Klärung der Flächenbedarfe und von realistischen Flächenoptionen für die Luft- und Raumfahrt in Bremen immer dringender. Dabei geht es um konkrete Unterstützung bei der Transformation in eine klimaneutrale Zukunft mit konkreten Flächenangeboten für neue Produkte und Fertigungstechniken.

### Technologiepark fortschreiben

Der Technologiepark sollte stadtverträglich fortentwickelt werden. Das umfasst insbesondere die Umnutzung der als Sonderbauflächen „Freizeit/Sport“ und „Campingplatz“ ausgewiesenen Flächen westlich des Technologieparks zu einem „Startup Campus im Grünen“ für junge, innovative Unternehmen aus dem Bereich Forschung und Dienstleistung. Ebenso wichtige Aspekte sind die Schaffung von Planungsrecht sowie die gewerbliche Erschließung und Entwicklung der im Flächennutzungsplan ausgewiesenen gewerblichen Potenzialfläche „Horner Spitze“ als Ergänzungsstandort für technologieintensive Unternehmen insbesondere aus der Luft und Raumfahrt.

### Güterbahnhofsgelände aktivieren

Die ökologisch unbedeutenden Brachflächen rund um den ehemaligen Güterbahnhof sollten als Mischgebiet oder „Urbanes Gebiet“ aktiviert werden. Zur Erschließung müsste die Gleistrasse der Oldenburger Kurve vollständig nördlich um das Gebiet herum verlegt werden. Auch für das nach Norden unmittelbar anschließende Güterbahnhofsareal westlich und östlich der Hemmstraße sollte neues Planungsrecht geschaffen werden, um die Bereiche als „Urbane Gebiete“ mit Flächen für kleinteiliges Gewerbe, Dienstleistungen und Wohnen erschließen und entwickeln zu können.

Die Wirtschaftsstruktur Bremens wird durch Industrie und Handel, Hafen und Logistik, Dienstleistung und Innovation sowie Handwerk und Mittelstand geprägt. Für all diese Wirtschaftsbereiche ist die Verfügbarkeit von Flächen und Entwicklungsräumen ein zentraler Standortfaktor. Die Aufbaugemeinschaft steht dem Senat zur Seite, wenn es gilt, mit zuverlässigen und zukunftsorientierten Rahmenbedingungen für Gewerbeentwicklung und Neuansiedlungen Arbeitsplätze und Unternehmen sowie die mit Wertschöpfung verbundenen direkten und indirekten Steuereinnahmen für das Bundesland zu sichern.

Bremen, den 15. Mai 2023

Uwe A. Nullmeyer

1. Vorsitzender

Tel. 0172-4201050

E-Mail: nullmeyer.uwe@t-online.de